

CDU will Signal für Straßenbau

Verkehrsplanung Stuttgart tut sich noch schwer, eine Stellungnahme abzuschicken. *Von Josef Schunder*

Die Stellungnahme der Stadt Stuttgart zum Entwurf des Regionalverkehrsplans (RVP) ist am Dienstag im Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Technik vertagt worden. Vor allem die CDU und die SPD verweigerten ihre Zustimmung zu der Mitteilungsvorlage, in der die Verwaltung die Position der Stadt formuliert hatte. Die CDU beklagte kryptische bis unentschiedene Formulierungen, besonders was die Haltung zu den Themen Filderauffahrt zwischen der B 10/14 und der B 27 angeht, oder zum Nordostring, einer Straßenverbindung zwischen Kornwestheim und Waiblingen. Im Entwurf sind diese Projekte als höchst dringlich eingestuft, im Stuttgarter Gemeinderat aber umstritten, in anderen Kommunen wie Fellbach und Aalen abgelehnt. Um in der Stuttgarter Stellungnahme zu einer klaren Aussage zu kommen, scheut CDU-Fraktionschef Alexander Kotz auch eine Abstimmung darüber nicht. Die Grünen wären dann in einem Dilemma. Im Gemeinderat lehnen sie den Nordostring ab, die grün-schwarze Koalition im Land hat sich aber zur Befürwortung zusammengerauft.

Die Grünen finden, dass der RVP-Entwurf – wie Björn Peterhoff sagte – eine Schlagseite zugunsten von Individualverkehr habe. Christoph Ozasek (Linke) monierte, für Straßenbaumaßnahmen werde im Entwurf in absurder Weise ein volkswirtschaftlicher Nutzen herbeigerechnet. Dem Ausbau der Nord-Süd-Straße in Möhringen müsse man eine Absage erteilen. Dafür steht allerdings eine Ratsmehrheit mit der SPD. Deren Fraktionschef Martin Körner will unter anderem klarer machen, dass etwa S-Bahn-Stationen noch zu viele Barrieren hätten. Die Verwaltung soll nun eine klarere Stellungnahme vorbereiten, zudem als vorzeigbare Beschlussvorlage, die durch eine Abstimmung geädelt wird.